

## Vor der Vernichtung

Die staatliche Enteignung der Juden im Nationalsozialismus

von

Gerd Blumberg, Britta Bopf, Martin Dean, Jean-Marc Dreyfus, Christoph Franke, Claus Füllberg-Stolberg, Alfons Kenkmann, Monica Kingreen, Ingo Loose, Susanne Meinel, Bernhard Rosenkötter, Walter Rummel, Hans Safrian, Beate Schreiber, Dieter Ziegler, Werner Konitzer, Katharina Stengel

1. Auflage

[Vor der Vernichtung – Blumberg / Bopf / Dean / et al.](#)

schnell und portofrei erhältlich bei [beck-shop.de](#) DIE FACHBUCHHANDLUNG

campus Frankfurt am Main 2007

Verlag C.H. Beck im Internet:

[www.beck.de](http://www.beck.de)

ISBN 978 3 593 38371 2

## Leseprobe

Die jüdische Bevölkerung in Deutschland - genauer: die Menschen, die von den Nationalsozialisten zu Juden erklärt wurden - war von 1933 an zahlreichen Angriffen auf ihr Eigentum ausgesetzt, die schließlich in der vollständigen Enteignung des inländischen Besitzes von Juden gipfelten. Die Schritte, die zur Enteignung führten, waren vielfältig und komplex, unzählige Personen, Interessengruppen, Behörden und Unternehmen waren daran beteiligt, große Teile der nicht-jüdischen Bevölkerung in Deutschland haben davon profitiert.

Die Stigmatisierung und gesellschaftliche Isolation der jüdischen Bevölkerung wurde von Beginn des "Dritten Reiches" an auch auf dem Weg der Beschneidung ihrer Eigentumsrechte forciert. Die den Berufsverboten, erzwungenen Geschäftsaufgaben und Vermögenskonfiskationen folgende Verarmung der deutschen Juden hat ihre Wehrlosigkeit gegenüber den Verfolgungsmaßnahmen verstärkt und vielfach eine lebensrettende Flucht verhindert. Die Negierung des Eigentumsrechts, die ab 1938 immer radikalere Züge annahm und die immerhin eines der zentralen Rechtsgüter der bürgerlichen Gesellschaft betraf, machte - in den Augen von Verfolgten wie Verfolgern - auch die Gültigkeit anderer Rechtsnormen für die jüdische Bevölkerung fraglich. Der "bürgerliche" oder "juristische Tod" der Juden ging ihrer Vernichtung voraus.

Lange Jahre fand die Enteignung der jüdischen Bevölkerung in der Geschichtsforschung wenig Beachtung. Die wirtschaftliche Existenzvernichtung hat sich im Verhältnis zum millionenfachen Mord an den europäischen Juden eher als Marginalie ausgenommen, obwohl bereits sehr früh einzelne Historiker wie Raul Hilberg oder H. G. Adler auf den Zusammenhang zwischen Enteignung und Vernichtung hingewiesen haben. Die Konzentration auf nationalsozialistische Organisationen und ihre Rolle bei der Verfolgung und Vernichtung der Juden oder - wo die "Arisierung" zum Thema wurde - die Fokussierung auf die Rolle des "Großkapitals" haben lange Zeit den Blick auf die Vielzahl der Akteure verstellt, die gerade an der wirtschaftlichen Verfolgung der Juden beteiligt waren. Zur fehlenden Wahrnehmung der staatlichen Verwaltungsbehörden als Enteignungs- und Verfolgungsinstanzen hat darüber hinaus eine Sichtweise beigetragen, die in der Staatsverwaltung eine Bastion des "Normenstaates" sah, die sich - wenn überhaupt - nur zögerlich und unter Zwang zu Hilfsdiensten bei der Verfolgung einspannen ließ.

Während die erste wichtige Arbeit zur "Arisierung" aus den 1960er-Jahren in der Forschung zunächst wenig Nachhall fand, ist in den letzten circa fünfzehn Jahren eine ganze Reihe von Arbeiten dazu entstanden, häufig mit regionalem Zuschnitt. Wegweisend für die Forschung war insbesondere Frank Bajohrs Regionalstudie zur "Arisierung" in Hamburg, mit der es ihm gelang, das Geflecht der Beteiligten und die Dynamik des politischen und gesellschaftlichen Prozesses der "Arisierung" darzustellen.

Zur verstärkten Auseinandersetzung mit "Arisierung", die sich zunächst vor allem auf die staatlich wenig geregelte Aneignung des gewerblichen Besitzes von Juden in den Jahren bis 1938 konzentrierte, trat ab etwa 1999 eine intensivere Forschungstätigkeit zur fiskalischen Ausplünderung der Juden. Im Komplex der wirtschaftlichen Verfolgung wurde nun differenziert zwischen "Arisierung" und staatlicher Vermögenskonfiskation.

Wolfgang Dreßen hat 1998 mit seiner Ausstellung "Aktion 3: Deutsche verwerten jüdische Nachbarn" und der dadurch ausgelösten Debatte über den Umgang mit den Akten der

Finanzbehörden aus der NS-Zeit als Erster dem Thema "Fiskus und Judenverfolgung" größere öffentliche Aufmerksamkeit verschafft. In den vergangenen Jahren haben einige, meist regional zugeschnittene Forschungs- und Erschließungsprojekte auf der Basis der Akten der Finanz- und Wiedergutmachungsbehörden die fiskalische Ausplünderung der Juden dokumentiert und erforscht.

Das, was teilweise H. G. Adler bereits in den 1970er-Jahren in seinem Werk *Der verwaltete Mensch* vorgezeichnet